Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 36. Sonnabend, den 5. Mai 1934. 83. Jahrgang.

Grüne Post

Die Umstände, unter denen die Sonntag-Zeitung für Stadt und Land, die „Grüne Post", einen vierteljährlichen Verbot zum Opfer fiel — es ist sehr fraglich, ob sie sich von diesem Schlage wird erholen können — werden aus der Geschichte der Gegenwart als Zeitdokumente aufbewahrt werden müssen. Der Minister eines grossen Landes, in dessen Obliegenheiten alle Dinge der öffentlichen Meinungsbildung fallen, d. h. der Minister macht die öffentliche Meinung, womit durchaus noch nicht gesagt ist, dass diese Meinung auch die öffentliche ist, hat einer Versammlung von Presseleuten den Vorwurf gemacht, dass die Presse nicht den „Mut eine aufrechte Gesinnung zu vertreten" hat, er sprach weiter davon, dass der Fall Presse „für diese Generation hoffnungslos ist!" Die versammelten Presseleute haben die Vorwürfe widerspruchslos hingenommen, sie haben, in ihre Redaktionen zurückgekehrt, dem Minister noch lobende Kommentare geschrieben und damit bleibt es beim Alten, denn der Fall ist „für diese Generation hoffnungslos." Mit dieser Resignation begnügen sich die Männer der Presse und m u s s sich ein grosses Volk, in der Mitte Europas, zu dem einmal die junge Intelligenz der ganzen Welt in die Lehre ging, begnügen. D e r Fall ist hoffnungslos!

Wir anderen, die wir der Obhut dieses Ministers nicht anvertraut sind, fragen uns, liegen die Ursachen dieses hoffnungslosen Falles nun bei den Männern von der Presse oder sollte gar der Minister derjenige sein, der ein grünendes Reis der Hoffnung schon im Keime erstickt? — Ein Journalist, einer der befähigsten und vielgelesensten von denen, die heut noch in dem Lande des Ministers die Feder rühren durften, der nur das Unglück hatte, nicht in einer parteiamtlichen Zeitung zu schreiben, hat die Ministerrede aufgegriffen, hat sie zum Gegenstand seines wöchentlichen Leitartikels gemacht und hat darin den Minister direkt apostrophiert, mit einer Liebenswürdigkeit, die selbst einem zaristischen Zensor ein geschmeichteltes Schmunzeln abgenötigt hätte. Wer diesen Artikel recht zu lesen versteht, wird finden, dass dieser Mann von der Presse dem Minister begreiflich zu machen versuchte, dass die neue Form, die die deutsche Presse aus der „traurigen Gleichförmigkeit" heraus reissen soll, noch nicht gefunden ist, dass die Presse, statt aus eigener Initiative zu arbeiten, mit dem Spaten, „der behördlich geliefert" wird, gräbt, dass man da „aus Bauern besondere Engel und Tugendengel zu machen" versucht, dass jedes Blatt in jeder Nummer von „Blut und Scholle" redet und heut schon in den Redaktionen Preislisten einlaufen, worin einer P. T. Redaktion hochachtungsvoll geboten wird: „Ich kann Ihnen alles liefern, was heute geht, alles so mit tun und, brauch!" „Herr Reichsminister," wälzt sich der Journalist einen Seufzer aus dem Busen, „sollen nun w i r wieder eine neue Form suchen?" Der Minister hat von dem Angebot keinen Gebrauch gemacht; er hat darüber hinaus dem Manne, der auf der Suche nach einer neuen Idee war, für die nächste Zeit das Arbeiten unmöglich gemacht. D e r Fall ist hoffnungslos.

Das persönliche Schicksal des Ministers und das des gemassregelten Journalisten muss vollständig zurücktreten, wenn man nur immer die grundlegende Erkenntnis im Auge behält, dass eine sogenannte gleichgeschaltete Presse einfach eine Sünde wider den heiligen Geist ist. Die Generationen, die der Minister braucht, um der Presse das vielgestaltige Bild zu geben, wird nie erstehen, ja man kann voraussagen, dass, wenn es bei der sogenannten weltanschaulichen Schulung verbleibt, die heute in dem Lande des Ministers betrieben, wird, dann wird nicht nur Einförmigkeit, es wird eine geistige Wüste das Ende sein. Kein anderes Vollk auf der Erde hat wie das deutsche Volk durch seine Vielfalt das Ohr der Welt gefunden. Es redete nicht nur der „Boden", es sprach die Landschaft mit ihren bunten Bildern. Deutsche Geschichte und Kultur lässt sich nicht auf einen Nenner bringen. Was der Minister da unternimmt, ist der Kampf des Zwerges mit Nähnadelstichen gegen den gefesselten Gulliver. Die Manigfaltigkeit in der Einheit muss eines Tages wieder emporbrechen, um auf's neue reiche Früchte zu tragen. Bis dahin müssen wir es alle auf uns nehmen, wenn auch der Zwang unerträglich wird. dass der vielfältigen deutschen Seele zugemutet wird, in einem Raum mit kahlen Wänden zu wohnen.

Mißstimmung in Danzig

Verselbständigung der Danziger Wirtschaft?

D a n z i g. Der Danziger nationalsozialistische Gauleiter Staatsrat Forster hielt bei der Maifeier eine Rede, in der er zunächst feststellte, dass Danzig die Vertäge loyal erfülle, trotzdem werde ihm aber von Polen in wirtschaftlicher Hinsicht das Leben schwer gemacht. Eine Zollunion, die nur auf dem Papier stehe und in der Praxis entgegengesetzt den Vertragsbestimmungen ausgelegt werde, könne nicht dem Sinn derjenigen entsprechen, die sie geschaffen haben. Man soll sich nicht wundern, wenn andernfalls Danzig zu einer Verselbständigung seiner Wirtschaft greift und wenn infolge der Ungerechtigkeiten, die man uns zufügt, die gesamte deutsche Bevölkerung die bereits bestehende seelische innere Verbindung mit dem deutschen Vaterlande auch äusserlich wünscht.

Union der arabischen Staaten

Beunruhigung in England und Italien

L o n d o n. Die Vorgänge in Arabien haben in Londoner politischen Kreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Obwohl die vorliegenden Nachrichten noch kein klares Bild der Lage ergeben und trotz der Tatsache, dass Ibn Saud seinen Rivalen bisher noch nicht überzeugend geschlagen hat, glaubt man, dass sein endgültiger Sieg nur noch eine Frage von wenigen Tagen ist. Ein durchschlagender Erfolg Ibn Sauds würde aber sehr ernste Probleme aufwerfen, denn er würde den König zum Herrscher eines grossen Teiles von Arabien machen. Es wäre dann zu befürchten, dass Ibn Saud eine Union sämtlicher arabischer Staaten anstreben könnte, wodurch die Interessen Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens gefährdet wären. Des weiteren könnten sich Rückwirkungen in den benachbarten Gebieten Asiens und Afrikas ergeben, deren Tragweite sich zur Stunde noch nicht übersehen lässt. In London verfolgt man daher die Entwicklung in Arabien mit gespannter Aufmerksamkeit.

R o m. In Anbetracht der kriegerischen Ereignisse auf der arabischen Halbinsel sind mit Rücksicht auf die beträchtlichen Interessen Italiens im Roten Meere, wie die Agence Stefani meldet, drei italienische Kriegsschiffe nach Hodeida beordert worden, um Leben und Eigentum der dort ansässigen Italiener zu schützen.

Faschistische Aussichten in England.

London. „Time and Tide" stellt Erwägungen über die Aussichten des Faschismus in England an und schreibt: „Es wäre das ausserordentlichste Phänomen in der Welt von heute, wenn das britische Volk, dem ein sehr stark entwickelter Humor zu eigen ist, dieser nachahmerischen Geschichte aus zweiter Hand unterliegen würde — einer von den deutschen Nazis übernommenen Aufmachungstechnik, einer Uniform und Ideen, die den italienischen Faszisten entlehnt sind, einer oratorischen Kundgebung, die aus deklamatorischen Zusicherungen und Uebertreibungen zusammengesetzt ist. Es braucht einer gewaltigen nationalen Krise, um irgendetwas aus einer faszistischen Bewegung zu machen, und die Welle, die einen Mosley zur Macht bringen könnte, ist noch nicht in Sehweite."

Um die Rückkehr der Habsburger.

Wien. In legitimistischen Kreisen herrscht, wie bekannt wird, grosse Misstimmung darüber, dass in der Frage der Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich die Regierung Dollfuss in den letzten Tagen eine Aenderung ihrer Haltung vorgenommen hat. Nach der jetzigen Situation ist an eine Rückkehr Zita Habsburgs und ihres Sohnes Otto nach Oesterreich nicht zu denken. Die österreichische Regierung erachtet diese Frage mit Rücksicht auf

die ihr zugekommenen Informationen aus Paris, Rom und den Hauptstädten der Kleinen Entente als vollkommen inaktuell und den Interessen Oesterreichs nicht entsprechend. Es wird hier darauf verwiesen, dass in der neuen österreichischen Verfassung die Habsburgergesetze zwar nicht enthalten sind, dass aber die alten Habsburgergesetze so lange gelten, bevor sie nicht durch einen Kabinettsbeschluss ausdrücklich aufgehoben werden. Dass dies derzeit nicht geschehen wird, ist nach der ganzen Sachlage als sicher zu betrachten.

Aufräumen im Wiener Parlament.

Wien. An die parlamentarischen Klubs der Christlichsozialen, des nationalen Wirtschaftsblockes, des Landbundes und des Heimwehrblocks ist die Aufforderung ergangen, ihre Lokalitäten im Parlamentsgebäude bis spätestens 15. Juni zu räumen. Bis zu diesem Tage wird also die Liquidierung des bisherigen Verwendungszweckes des Parlamentsgebäudes beendet sein. Der Leiter der Kanzlei des Nationalratspräsidenten Sektionschef Dr. Czyhlarz tritt in Pension. Seine Beamten und Unterbeamten, sowie die Angestellten des Bundesrates liquidieren. Was jetzt mit dem grossen Parlamentsgebäude geschehen wird, in dem das altösterreichische Parlament, sowie das Herrenhaus seit drei Jahrzehnten getagt haben, ist unbestimmt. Man weiss noch nicht, ob das Gebäude als Ständehaus Verwendung finden wird. Man müsste es selbstverständlich zu diesem Zwecke erst adaptieren, weil er räumlich zu gross ist.

Oesterreichs Finanzsorgen.

Wien. Der Vertreter der Finanzkommission des Völkerbundes in Oesterreich, Dr. Rost van Tonningen, hat für das erste Quartal 1934 den Bericht für das Genfer Finanzkomitee beendet. Nach dem Bericht wird der Budgetabgang für das erste Quartal 1934 auf 64,7 Millionen Schilling geschätzt. Da aber ein Betrag von 13,4 Millionen Schilling des Landes Wien aushaftet und für die Bundesbahnen 9 Millionen Schilling aufgewendet werden mussten, hat im ordentlichen Budget für das erste Quartal dieses Jahres sich das Defizit auf 87,1 Millionen Schilling erhöht. Dazu kommen noch 11,5 Millionen Schilling Aufwendungen für Polizei und Sicherheit, die ursprünglich dem ausserordentlichen Budget angelastet waren. Da aber inzwischen durch die Schaffung der Sicherheitssteuer 28 Millionen Schilling erbracht werden sollen, ist eine Deckung gefunden worden und diese 11,5 Millionen Schilling werden weiter im ordentlichen Budget verbucht. Diese letzte Ausgabe ergibt sich aus den Februarereignissen. Der Bericht bespricht schliesslich die günstigen Ergebnisse des Aussenhandells und konstatiert eine leichte Produktionsbesserung in der österreichischen Industrie.

Der Reise-Minister.

Paris. Minister Barthou, der dem Kabinett über seine Warschauer und Prager Eindrücke berichtet hat, gab sein Reiseprogramm für die nächsten Monate bekannt. Barthou wird sich am 14. Mai für einige Tage nach Genf begeben. Auch für den 29. Mai, an dem die Abrüstungsverhandlungen wieder beginnen, ist eine Reise nach Genf in Aussicht genommen. Grundsätzlich steht weiter eine Reise nach Bukarest fest, mit der Barthou den Besuch Titulescus erwidern wird. Als Zeitpunkt ist hiefür die Mitte Juni in Aussicht genommen. Mit dieser Reise wird höchstwahrscheinlich ein Besuch in Belgrad verbunden sein. In der französischen Presse wurden in der letzten Zeit Stimmen laut, die erklärten, dass eine „Wiederaufrichtung“ der französisch-jugoslawischen Freundschaft fast ebenso nottue wie die Wiederaufrichtung der französisch-polnischen Freundschaft.

Deutschlands Weg in die dirigierte Wirtschaft

München. Auf einer Tagung des bayrischen Industriellenverbandes sprach Reichsminister Dr. Schmitt über Fragen der Wirtschaftsführung und sagte u. a.: „Das Ziel geht dahin, die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu erfassen, in ihren einzelnen Fachgruppen zu gliedern, in möglichster Selbstverwaltung, aber unter der Autorität von Führern, die von dem Vertrauen der Unternehmungen und der Reichsregierung getragen sind. Diese Körperschaft wird in geregeltem und ständigem Zusammenwirken mit der Regierung, der Deutschen Arbeitsfront, dem Reichsnährstand, der Reichskulturkammer in hervorragendem Masse zur Lösung grosser Aufgaben berufen sein. Es soll die Wirtschaft in ihrer tausendfältigen Verschiedenheit erhalten, es soll dem einzelnen die Entfaltungsmöglichkeit gesichert, aber auch die Verantwortung für sein Tun und Lassen auferlegt werden. Andererseits sollen sich alle der grossen Linie einer von ihren Führern und der Regierung als richtig erkannten Wirtschaftspolitik einordnen und den Gesetzen der Lauterkeit und fairen Geschäftshandhabung unterwerfen. Bei aller Umsicht wird in der Durchführung gewiss mancher Fehler gemacht werden. Ich verstehe unter „Länder“ die grossen Wirtschaftsgebiete, wie sie ungefähr in den Treuhänderbezirken zum Ausdruck kommen. Diese grossen Wirtschaftsgebiete — man denke z. B. an das rheinisch-westfälische und an Ostpreussen — sind in sich gänzlich verschieden. Es scheint mir deshalb unerlässlich, dass bei aller Wahrung einer einheitlichen Gesamtwirtschaftspolitik die Unternehmungen, ähnlicher wie örtlich in den Handelskammern, so auch in den Ländern zusammengefasst werden müssen. Auf diese Weise wird es möglich sein, eine gesunde Dezentralisation in der Wirtschaftsführung aufrecht zu erhalten, um so das Eigenleben in den einzelnen Ländern zu pflegen und doch in seiner Gesamtheit zusammenzuhalten. So gewiss es nur ein Deutsches Reich gibt, so kann es auch nur eine deutsche Wirtschaftspolitik geben, die von der Reichsführung der Wirtschaft in Verbindung mit der Reichsregierung festzulegen ist. Dies bedeutet aber nun keineswegs, dass alles von Berlin aus bestimmt werden muss. Ich unterstütze jegliche Bestrebungen, die das wirtschaftliche Eigenleben in den grossen Wirtschaftsgebieten fördern.“

Der Reichsbischof als Dialektiker.

Königsberg. Bei der Einweisung des Bischofs von Königsberg hat Reichsbischof Müller eine Ansprache gehalten, in der es, nach Blättermeldungen, u. a. sagte: „Ich brauche Dir nicht zu sagen, dass Gottes und des Heilands Wort durch Dich und mich nicht geschützt zu werden brauchen. **Wir gehören jetzt nicht zu einem Stand in unserem Volk, der getragen wird von der Liebe und Begeisterung des Volkes,** denn wir sind nun einmal solche, die gegen den Strom schwimmen müssen. Es hat den Menschen noch nie gepasst, dass ihnen die **unerbittliche Wahrheit Gottes** in aller Klarheit gesagt wird. — Das Eingeständnis, dass der Reichsbischof nicht von der Liebe und Begeisterung des Volkes getragen wird, ist immerhin bemerkenswert, wenn er sich dann auf die „unerbittliche Wahrheit Gottes“ beruft, dann ist dafür Blasphemie ein gelinder Ausdruck.

Ein amerikanischer Antikriegspakt.

Buenos Aires. Die Vertreter von zwölf amerikanischen Staaten haben einen Antikriegspakt unterzeichnet, der eine Ergänzung zu dem im Oktober 1933 von den ABC-Staaten sowie von Paraguay, Mexiko und Uruguay unterfertigten Vertrag darstellt. Die Staaten, die den jetzigen Pakt unterzeichnet haben, sind die Vereinigten Staaten, Bolivien, Kuba, Ekuador, Salvador, Guatemala, Venezuela, Panama, Nikaragua, Honduras, Kostarika und Haiti.

Chadshi Murat

Roman aus den Kämpfen im Kaukasus von Leo N. Tolstoi.

(45. Fortsetzung)

Aber selbst an Aminet, die hier, hinter dem Gitterzaun in der Frauenabteilung des Hauses weilte — Schamyl war überzeugt, dass sie jetzt wo er vom Pferde stieg, mit den anderen Frauen durch das Gitter blickte — durfte er noch nicht denken. Er durfte nicht zu ihr gehen, sich nicht auf den weichen Pfühl legen und ausruhen. Zunächst musste Schamyl das Vespergebet verrichten. So wenig Lust er auch dazu verspürte, konnte er es als religiöser Hüter seines Volkes nicht umgehen. Schliesslich war es ihm gerade solches Bedürfnis wie die tägliche Speise.

So verrichtete er denn die vorgeschriebenen Waschungen und Gebete. Danach rief er das Volk, das auf ihn wartete.

Zunächst kam sein Schwiegervater und Lehrer, ein hochgewachsener, wohlgestalteter Greis mit schneeweissem Bart und frischem roten Gesicht, namens Dshemal-Eddin. Er betete, erkundigte sich nach dem Verlauf des Marsches und erzählte, was inzwischen daheim vorgefallen war.

Von Mord und Blutrache, Viehdiebstahl, Uebertretung des Tarikat (Religiöse Vorschriften der Muriden), Weingenuss und Tabakrauchen berichtete Dshemal-Eddin, und teilte dann mit, dass Chadshi Murat heimlich Biten gesandt hätte, die seine Familie zu den Russen schaffen sollten. Der Plan sei aber entdeckt und die Familie nach Wedeno geführt worden, wo sie, unter strenger Bewachung, Schamyls Entscheidung erwartete. Im Gastzimmer, nebenan, wären die Aeltesten zum Rat versammelt; Dshemal-Eddin riet ihm, sie noch heute zu entlassen, da sie schon drei Tage auf ihn gewartet hätten.

Schamyl nahm das Mittagsmahl ein, das seine älteste Gattin, die spitznäsige, dunkle unliebenswürdige und hässliche Saide brachte, und begab sich in das Gemach zu den Gästen.

Die sechs Aeltesten, die den Rat bildeten, waren Greise mit weissen, grauen und rötlichen Bärten und trugen den Turban und die Lammfellmütze, neue Halbröcke und Tscherkessenröcke mit Riemen um die Hüften und Dolchen im Gürtel. Bei Schamyls Eintritt erhoben sie sich. Schamyl überragte alle um Haupteslänge. Die Aeltesten erhoben ebenso wie Schamyl die Handflächen zum Himmel, murmelten mit geschlossenen Augen Gebete, strichen mit den Händen das Gesicht und falteten am Bartende auf der Brust die Hände. Danach liessen sich alle um Schamyl nieder, der auf einem erhöhten Pfühl sass, und jetzt begann die Ratssitzung

Die Verbrecher wurden nach dem Schariat (Geschriebenes Gesetz der Mohammedaner) verurteilt: zwei wegen Diebstahls zum Abhauen der Hände, einer wegen Mordes zur Enthauptung; drei wurden begnadigt. Dann kam man zum wichtigsten Punkt, der Beratung von Massregeln, die den Uebertritt zu d. Russen verhindern sollten. Dshemal-Eddin hatte zu diesem Gegenstand folgende Kundgebung verfasst:

„Ich wünsche Euch ewigen Frieden mit Gott dem Allmächtigen. Ich höre, dass die Russen Euch schmeicheln und zur Unterwerfung auffordern. Glaubt ihnen nicht und unterwerft Euch nicht, sondern harret aus. Wenn Ihr dafür nicht in diesem Leben belohnt werdet, empfangt Ihr den Lohn im zukünftigen Leben. Denkt an das, was früher geschah, als man Euch die Waffen abgenommen hatte. Hätte damals, im Jahre 1840, Gott Euch nicht zur Vernunft gebracht, so wäret Ihr schon Soldaten, Eure Frauen trügen abendländische Kleidung und wären entehrt. Beurteilt die Zukunft nach der Vergangenheit. Lieber in Feindschaft mit den Russen sterben, als mit Ungläubigen zusammen leben. Harret aus, so komme ich mit Koran und Schwert zu Euch und führe Euch gegen die Russen. Jetzt aber befehle ich Euch auf das strengste, jeden Gedanken an Unterwerfung unter die Russen zu unterdrücken.“

Schamyl billigte diese Kundgebung, unterschrieb sie und beschloss ihre Verbreitung im Volk.

Hiernach wurde über Chadshi Murats Fall verhandelt. Diese Angelegenheit war für Schamyl sehr wichtig. Obgleich er es nicht eingestehen wollte, wusste der Imam dennoch, dass die letzten Vorfälle in der Tschetschna sich nicht zugetragen hätten, wenn Chadshi Murat mit seiner Geschicklichkeit, Kühnheit und Verwegenheit zugegen gewesen wäre. Sich mit ihm auszusöhnen und seine Dienste wiederzubenutzen, wäre gut. Wenn das nicht ginge, musste man verhindern, dass er die Russen unterstützte. Deswegen war in jedem Falle notwendig, ihn hierher zu locken und dann, wenn erforderlich, zu töten.

(Fortsetzung folgt!)

Ein deutscher Volksgerichtshof gegen Hoch- und Landesverrat.

Berlin. Ein neues Gesetz zur Aburteilung von Hochverrat- und Landesverratsachen sieht die Bildung eines Volksgerichtshofes vor, bei dem der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied die Befähigung zum Richteramt haben müssen. Anklagebehörde ist der Oberreichsanwalt. Die Mitglieder des Volksgerichtes ernennt der Reichskanzler auf Vorschlag des Reichsjustizministers. Gegen die Entscheidung des Volksgerichtshofes ist kein Rechtsmittel zulässig.

Rücknahme von Zeitungsverboten.

Berlin. Das Geheime Staatspolizeiamt hat das Verbot der „Essener Volkszeitung" und der „Kölnischen Volkszeitung abgekürzt, dass beide Zeitungen wieder erscheinen können. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass in Zukunft bei sinnentstellenden technischen Fehlern von politischer Bedeutung gegen die Schuldigen mit schärfsten Mitteln vorgegangen wird.

Arbeitsbeschaffung in Frankreich.

Paris. Arbeitsminister Marquet hat einen grossen sechsjährigen Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet, der einen Aufwand von neun Milliarden Franken erfordern wird. Bei den in diesem Plan vorgesehenen öffentlichen Arbeiten sollen insgesamt 100 000 Arbeitslose, also mehr als ein Viertel der unterstützten Arbeitslosen, Beschäftigung finden. Zur Finanzierung sollen die in den Kassen der Sozialversicherungsinstitute zinsenlos ruhenden Gelder herangezogen werden, die den Gemeinden zu einem niedrigen Zinssatz geliehen werden sollen. Für jedes Jahr sollen 1,5 Milliarden Franken mobilisiert werden.

Die Zollvollmachten für Roosevelt.

Washington. Das Finanzkomitee des Senates hat einen Gesetzentwurf, der dem Präsidenten Roosevelt Vollmachten in zollpolitischer Hinsicht gewährt, angenommen. Dem Gesetz zufolge kann Roosevelt mit fremden Regierungen in Verhandlungen über eine Aenderung der Zollverträge eintreten mit dem Ziele, den Warenaustausch zwischen Amerika und den einzelnen Ländern zu erhöhen. Doch können die betreffenden Zolltarife um höchstens 50 Prozent nach oben oder nach unten hin geändert werden und der Präsident hat auch nicht das Recht, Waren, die bisher auf der Freiliste standen, in die Tarifliste zu übernehmen und umgekehrt.

Ein anonymer Wohltäter.

London. Ein anonymer Wohltäter, der bereits dem Hospital Saint Marys in Paddington 55 000 Pfund Sterling gestiftet hate, hat sich verpflichtet, weitere 105 000 Pfund Sterling zu spenden und ausserdem jedes Pfund Sterling, das irgend jemand einem Krankenhaus in England bis zur Höhe von 50 000 Pfund Sterling widmet, zu verdoppeln. Der Herzog von York gab bekannt, dass er diese Summe widmet, wobei er zu verstehen gab, dass weder er noch seine Frau den Namen des unbekannten Wohltäters kenne und dass die einzige Person, die seinen Namen kenne, der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Krankenhauses ist.

Feierliche Amtseinführung im Rathause

Starosta Dr. Jarosz vereidigt den Bürgermeister

Der Stadtverordnetensitzungssaal trug am Dienstag das Gepräge eines „grossen Tages" und man darf vorausschicken, dass die Erschienenen sich in den festlichen Rahmen viel wohliger einfügten, als in die trockene Nüchternheit, in der sonst solche Amtshandlungen abgewickelt werden. Blumentransparente und grüne Girlanden schmückten den Saal. Für die geladenen Gäste waren Stühle gestellt, auch hatten sich bürgerliche Gäste zu dem Akt eingefunden.

Um 12 Uhr füllte sich der Saal, und bald darauf erschien Starosta Dr. Jarosz in Begleitung des neuen Bürgermeisters. Stadtv.-Vorsteher Szopa eröffnete die Sitzung deren einziger Verhandlungszweck die Amtseinführung war und erteilte dem Herrn Starosten, der in Vertretung des Herrn Wojewoden erschienen war, das Wort.

Starosta Dr. Jarosz verlas zunächst die Ernennungsurkunde und wandte sich dann in einer improvisierten Ansprache an die Versammlung. Es ist ja bekannt, dass die Kandidatur Direktor Zmij's im Herrn Starosten einen warmen Befürworter hatte und darum knüpfte der Redner an seine mehrjährige Zusammenarbeit mit dem neuen Bürgermeister an, dem er eine fruchtbare Tätigkeit im Dienste der Stadt, der Allgemeinheit und dem Wohle des Staates voraussagte. Dann verlas Dr. Jarosz die Eidesformel, die Bürgermeister Zmij nachsprach.

Nach der Vereidigung nahm Bürgermeister Zmij den Platz des Magistratsdirigenten ein, worauf ihm vom Stadtv.-Vorsteher das Wort erteilt wurde. Bürgermeister Zmij dankte für seine Wahl und dankte auch für die Bestätigung der Wojewodschaft; er versprach sein ganzes Können dem Dienste der Stadt zu weihen, nicht nur der bürgerlichen Interessen, die sich um den Ring herum gruppieren sondern ebenso derjenigen, die an der Peripherie der Stadt liegen. Bürgermeister Zmij brachte zum Schluss seiner Ansprache ein Hoch auf Marschall Pilsudski und den Herrn Staatspräsidenten aus.

Im Namen des Magistrates begrüsste Beigeordneter Dr. Palka, im Namen der Stadtverordneten Direktor Szopa und im Namen der Bürgerschaft Pfarrer Bielok den neuen Bürgermeister. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Aus Pleß und Umgegend

Silberne Hochzeit. Am Donnerstag, den 10. d. Mts., begehen Fürstl. Buchhalter Erich Melzer und Gemahlin das Fest der Silbernen Hochzeit.

Deutscher Volksbund, Bezirksvereinigung Pless. Am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet im Saale des Hotels „Plesser Hof" ein „Bunter Abend" statt, zu welchem alle Mitglieder der Bezirksvereinigung eingeladen werden. Eintritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedausweises. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Freiwerdende Arbeitsplätze. Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, dass jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, freiwerdende Arbeitsplätze binnen drei Tagen der Leitung des hiesigen Arbeitsamtes mitzuteilen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen belegt.

Die Einbruchsdiebstähle mehren sich. Wieder einmal drangen zur Nachtzeit in die Keller der Fürstlichen Beamtenhäuser in der Französischen Kolonie und Kempa. In einem Falle stahlen sie alle Ess- und Trinkvorräte, während sie im zweiten Falle nur die Esswaren stahlen. Auf dem Dominium selbst wurden sie verjagt, als sie ebenfalls dort einbrechen wollten. Bei allen drei Einbrüche muss es sich um die gleichen Täter handeln, welche die Keller bereits im Vorjahr leerten.

Strafantritt. Der Prinz von Pless hat am Mittwoch vormittags sofort nach seiner Rückkehr aus dem Auslande die gegen ihn verhängte dreiwöchentliche Arreststrafe im Plesser Gerichtsgefängnis angetreten. — Die Vorgeschichte des Falles und das Urteil stehen hier nicht zur Debatte. Das Beispiel aber, das der Prinz von Pless gegeben hat, wird das Seine tun, um den fast schon zerstörten Glauben, dass wir in den Männern von Ruf und Namen, die zum deutschen Volkstum gehören, einen Halt haben sollen, wieder aufzurichten.

Schweres Unwetter. In den Mittagsstunden des Dienstag tobte über dem Kreise Pless ein schweres Unwetter. An der Eisenbahnstrecke bei Jaschkowitz schlug der Blitz in einen grossen Baum, als gerade ein Personenauto vorbei fuhr. Der Baum brach in der Mitte ab. Infolge des gewaltigen Wolkenbruches hatte der Plesser Mittagzug grosse Verspätung. In Nikolai schlug der Blitz mehrfach in Lichtleitungen ein, so dass die betreffenden Häuser am Abend ohne Licht waren. Ein Blitz schlug in die Lichtleitung der Schmiedewerkstatt Mainka, ging durch eine Maschine und verschwand in der Wasserleitung. Die anwesenden Schmiedegesellen kamen mit dem Schrecken davon. Auch in der Umgebung von Nikolai schlug der Blitz mehrere Male ein, ohne jedoch zu zünden.

Aus aller Welt

Ein amüsanter Betrug hat sich, nach einer Meldung aus Bukarest, in der Hafenstadt Konstanza ereignet, der allerdings für den Leidtragenden unangenehme Folgen hatte. Der chinesische Heizer eines holländischen Frachtdampfers, der in oben erwähnter Hafenstadt vor Anker gegangen war, Kio King, hatte in einer von Matrosen besuchten Bar die Bekanntschaft zweier Männer gemacht, die ihm gegen Bezahlung einer beträchtlichen Summe versprachen Haschisch zu liefern. Er erhielt acht Pakete gegen Erlag des Betrages von 12 000 Lei mit dem angeblichen Tarkotikum. Anstatt Haschisch enthielten die Pakete eine wertlose Masse von Marmelade und Zichorie. Diese Entdeckung machte der Sohn des Reiches der Mitte erst auf der Polizei, da ein missgünstiger Konkurrent von dieser „Rauschgift"-Transaktion der Polizei Mitteilung gemacht hatte. Der Polizei gelang es mit Hilfe des Chinesen die Lieferanten des „Narkotikums" ausfindig zu machen. Diese, zwei Chauffeure, wurden verhaftet und es scheint, dass sie die Haschischleidenschaft der Söhne der gelben Rasse in diesem Falle nicht zum ersten Male missbraucht hatten. Sie wurden verhaftet und werden sich wegen Betruges zu verantworten haben; der betrogene Chinese wird ein Verfahren wegen versuchten Rauschgiftschmuggels über sich ergehen lassen müssen.

Gottesdienstordnung!

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 6. Mai, um 6,30 Uhr: stille hl. Messe; 7,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und polnischer Predigt; 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen für die deutsche Kongregation; 10,30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

Evangelische Gemeinde

Sonntag, den 6. Mai, um 8 Uhr: Gottesdienst; 9,30 Uhr: polnische Abendmalsfeier; 10,30 Uhr: polnischer Gottesdienst.

Jüdische Gemeinde.

Sabbath, den 5. Mai, 10 Uhr: Hauptandacht; Wochenschnitt; 16 Uhr: Jugendandacht im Gemeindehause; 19,55 Uhr: Sabbathausgang und Maaziw.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pleß, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1